

Vortrag im Potsdamer Lepsius-Haus am 21.10.2011

von Carl Johan Blydal, M.A.

**„Anerkennung des Genozids an den Armeniern und Assyriern/Syrianern“.**

**Die schwedische Debatte zur Anerkennung des Armeniergenozids durch den schwedischen Reichstag 2010“**

Sehr geehrte Damen und Herren,

lassen Sie mich zuerst zwei persönliche Vorbemerkungen machen: Wie in der Ankündigung des Vortrages dargestellt, war ich wissenschaftlicher Mitarbeiter des Bundestagsabgeordneten Dr. Christoph Bergner. Er war bei der Entstehung des sogenannten Armenierantrages im Frühjahr 2005 federführend. Daher hatte ich die Gelegenheit, aus nächster Nähe zu verfolgen, wie zuerst der CDU/CSU-Antrag und danach der fraktionsübergreifende Antrag vorbereitet und zum Abschluss gebracht wurden. Meine Dissertation wiederum befasst sich mit dem Thema „Außenpolitische Diskurse in Schweden nach 1990. Zwischen realer Sicherheitspolitik und idealisierter Neutralität“. Darin untersuchte ich die schwedische Außenpolitik unter den Aspekten der Selbstbilder, Identitäten und politischen Diskurse. Der heutige Vortrag gibt mir die Gelegenheit, diese beiden Teile meiner beruflichen und akademischen Tätigkeit zu verbinden, wofür ich mich herzlich beim Lepsiushaus Potsdam bedanken möchte. Hier möchte ich einige der Forschungsergebnisse ansprechen, die in einem kommenden Aufsatz ausführlich vorgestellt werden sollen.

Schließlich eine Bemerkung zur Bezeichnung der besprochenen ethnisch-religiösen Gruppen: Für die orientalischen Christen, die in dem schwedischen Reichstagsbeschluss als Assyrer, Syriener und Chaldäer bezeichnet werden, existieren viele unterschiedliche Bezeichnungen. Mir ist auch bewusst, dass innerhalb dieser Gruppe über die korrekte Selbstbezeichnung diskutiert wird. Da sich mittlerweile in Deutschland die

Bezeichnungen „Aramäer“ und „Syro-Aramäer“ eingebürgert haben, werde ich diesem Sprachgebrauch folgen.

### 1. Einleitung: Unterschied zwischen der schwedischen und der deutschen Anerkennung

Zwischen der schwedischen und der deutschen Anerkennung des Genozids an den Armeniern und weiterer christlicher Minderheiten im Osmanischen Reich um 1915 gibt es mehrere wesentliche Unterschiede.

Zuallererst bleibt festzustellen, dass der Deutsche Bundestag im Jahre 2005 nicht den Völkermord an den Armeniern anerkannt hat, so wie dies die Französische Nationalversammlung 2001 und der Schwedische Reichstag 2010 taten. Vielmehr forderte der deutsche Bundestagsbeschluss die Bundesregierung auf, sich bei der türkischen Regierung dafür einzusetzen, die gesellschaftliche Debatte über den Armeniergenozid zu ermöglichen und für die Versöhnung zwischen Armeniern und Türken hinzuwirken. Im Deutschen Bundestag positionierte sich weiter eine Fraktion, die von CDU und CSU, ganz offen gegen einen EU-Beitritt der Türkei, während die Koalitionsfraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen ihn befürworteten. Um eine überfraktionelle Einigung zu erzielen, musste die Unionsfraktion also die Beitrittsfrage von der Frage des Armeniergenozids trennen. Dies war auch notwendig, um nicht den Eindruck zu erwecken, dass CDU und CSU den Völkermord in zynischer Weise für innenpolitische Zwecke hätten instrumentalisiert wollen. Im Deutschen Bundestag war es jedoch der Opposition sehr wichtig, gemeinsam mit der Regierungskoalition einen fraktionsübergreifenden Antrag zu verabschieden. Wie ernsthaft alle Bundestagsfraktionen auf dieses Angebot eingingen, zeigte die sehr getragene Bundestagsdebatte. Dort sprachen auch Redner der Koalitionsfraktionen offen von Völkermord, wie beispielsweise der stellvertretende außenpolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, Markus Meckel und der außenpolitische Sprecher der Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen, Fritz Kuhn.

Als in Schweden wiederum im März 2010 das Parlament über den Antrag „Der Völkermord 1915 an Armenier, Assyrer/Syrianer/Chaldäer und Pontosgriechen“ abstimmte, bestand zwischen allen im Reichstag vertretenen Fraktionen ein grundsätzlicher Konsens in der Frage der Befürwortung des EU-Beitritts der Türkei. Es entspricht ferner schwedischer parlamentarischer Tradition, im Reichstag möglichst fraktionsübergreifende Kompromisse zwischen Regierungs- und Oppositionsparteien anzustreben. Bei der Frage der Anerkennung des Genozids im Osmanischen Reich strebte die Opposition jedoch entgegen dieser Tradition gerade keine fraktionsübergreifende Entscheidung an. Demgegenüber bemühte sich die Regierungskoalition auch nicht, einen Kompromiss anzustreben. Ihr Ziel schien lediglich darin zu bestehen, die Fraktionsdisziplin aufrechtzuerhalten. Besonders groß wird der Unterschied zwischen der deutschen und der schwedischen Parlamentsdebatte, wenn man sich die Rednerliste anschaut. Im Bundestag sprachen prominente Parlamentarier die allesamt keinen Migrationshintergrund besaßen. Im schwedischen Reichstag jedoch sprachen für die unterschiedlichen Fraktionen armenisch-, kurdisch-, syro-aramäisch-, türkisch- und griechischstämmige Abgeordnete. Indem sich Nachfahren der Betroffenen an der Plenardebatte teilnahmen, bekam sie eine starke persönliche Note.

## 2. Innenpolitische Faktoren der Anerkennung

Schweden hat während der vergangenen fünfzig Jahren eine starke Einwanderung unterschiedlichster Immigrantengruppen erlebt. Auf verfolgte Sozialisten, Widerständler und Juden aus Deutschland, Skandinavien und dem Baltikum während des Zweiten Weltkrieges folgten Ungarn, Tschechoslowaken und Polen 1956 und 1968 sowie Griechen nach 1967. Nach einer kurzen Zeit der Arbeitskräfteimmigration aus Italien, Jugoslawien und der Türkei sowie aus Finnland während der sechziger Jahre verstärkte sich die Immigration seit den siebziger Jahren. Während dieser Zeit kamen vor allem aus Lateinamerika, der Türkei, Nordafrika, dem Nahen Osten und dem Iran Sozialisten und politisch Verfolgte. Seit den achtziger Jahren wanderten Bürgerkriegsflüchtlinge und Verfolgte aus dem Libanon, Palästina, Bosnien, Somalia und dem Irak nach Schweden ein.

Diese Einwanderung führte auch Angehörige vieler ethnischer und religiöser Minderheiten nach Schweden, wie Kurden, Syro-Aramäer/Chaldäer, Bosniaken und Kosovaren. Ein Ergebnis dieser diversifizierten Einwanderung war, dass es mehrere, etwa gleich große Einwanderergruppen gibt. Das schwedische Staatsangehörigkeitsrecht, nach dem es möglich ist, nach vierjährigem legalen Aufenthalt im Lande die schwedische Staatsangehörigkeit anzunehmen, führte dazu, dass die Mehrzahl der Immigranten in Schweden mittlerweile schwedische Staatsbürger sind.

Zu den größten und einflussreichsten Immigrantengruppen gehören mittlerweile die Kurden und die Syro-Aramäer. Beide Gruppen sind mehrheitlich aus der Türkei und dem Irak, die Syro-Aramäer außerdem aus dem Libanon nach Schweden gekommen. Unter den Kurden aus der Türkei befanden sich viele säkulare, sozialistische Nationalisten, die schnell gute Beziehungen zu der lange dominierenden Schwedischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (SAP) herstellten. Die Syro-Aramäer wiederum besaßen in den christlichen Kirchen Unterstützer, was allerdings auch gute Beziehungen zur SAP nicht ausschloss. Mittlerweile finden sich kurdischstämmige Schweden in prominenten Positionen in Politik und Medien. Als Beispiel können die Vorsitzende des sozialdemokratischen Frauenverbandes, Nalin Peggul, die Publizistinnen Sakine Madon und Dilsa Bemirbag-Sten sowie die Parlamentsabgeordnete Gulan Avci genannt werden. Obwohl mit Ibrahim Baylan, dem Schulminister des letzten sozialdemokratischen Kabinetts zwischen 2002 und 2006, ein Aramäischstämmiger eine prominente politische Position innehatte, waren die Aramäer in Schweden zuerst eher für ihre wirtschaftlichen Leistungen bekannt. Anfang der neunziger Jahre stellte die schwedische Öffentlichkeit erstaunt fest, dass sich die Aramäer in Stockholm erfolgreich in großer Zahl als Betreiber von Zeitungsläden, aber auch von Friseursalons und Änderungsschneidereien etabliert hatten. Inzwischen sitzen jedoch mehrere aramäischstämmige Abgeordnete im Reichstag und es finden sich mehrere Künstler mit aramäischem Hintergrund. Seit den sechziger Jahren ließen sich viele Syro-Aramäer als Arbeitsimmigranten aufgrund der dortigen

SCANIA-Werke in Södertälje nieder. Im Laufe der Zeit wuchs ihr Bevölkerungsanteil, sodass Södertälje heute als Zentrum der Aramäer in Schweden bezeichnet werden kann. Im Jahre 2004 konnte sogar ihr Fußballverein Assyriska FF in die nationale schwedische Fußballliga aufsteigen. In Schweden gibt es in etwa 100 000 Aramäischstämmige und in etwa 60 000 Kurdischstämmige bei einer Gesamtbevölkerung von 9 Millionen Einwohnern. Dagegen leben nur etwa 15 000 bis 25 000 Türkischstämmige und etwa 5 000 Armenischstämmige in Schweden. Die Zahl der Türken ist deshalb so ungenau, weil unklar ist, wie viele Kurden und Aramäer ihr zugerechnet werden. Als Vergleich kann erwähnt werden, dass mit 32 000 Menschen beinahe doppelt so viele Immigranten aus Somalia in Schweden leben, wie Türkisch- und Armenischstämmige.

Neben einer großzügigen Aufnahme von Flüchtlingen und Verfolgten aus aller Welt, gehört zum Selbstbild Schwedens als humanitär geprägtes Land ebenso die Vorstellung, sich rund um den Globus für die Durchsetzung der Menschenrechte einzusetzen. Seit der Regierungszeit des Ministerpräsidenten Olof Palme (1969-1976, 1982-86) gilt der Einsatz für Menschenrechte als wichtige Aufgabe der schwedischen Außenpolitik.

Vor dem Regierungswechsel 2006 war die Anerkennung des Völkermordes im Osmanischen Reich 1915 eine Forderung einiger bürgerlicher Oppositionsparteien. So versprach der spätere konservative Ministerpräsident Fredrik Reinfeldt im Wahlkampf 2006 vor Aramäern in Södertälje, sich nach einem Wahlsieg für die Anerkennung des Völkermordes einzusetzen. Auch besaß die Forderung nach einer formalen Anerkennung einen breiten Rückhalt in der christlich-freikirchlich geprägten christdemokratischen Partei sowie innerhalb der liberalen Partei. Die damals regierenden Sozialdemokraten jedoch vertraten die Ansicht, dass es politisch nicht sinnvoll sei, den Völkermord im Parlament anzuerkennen. Ihre Position veränderte sich in der Opposition nach 2006. Auf dem sozialdemokratischen Parteikongress im Herbst 2009 brachte der Bund der religiösen Sozialdemokraten, die „Bruderschaft“, einen Antrag zum Genozid von 1915 ein. In diesem forderten sie die Anerkennung des

Genozids durch das Parlament. Gegen den Widerstand des Parteivorstandes nahm die Mehrheit der Delegierten den Antrag an. An der Regierung wechselten die bürgerlichen Parteien unter konservativer Führung wiederum ihren Standpunkt hin zur Ablehnung einer parlamentarischen Anerkennung.

Als die Abstimmung im Parlament anstand, führte diese Situation zu schweren Gewissenskonflikten innerhalb beider politischer Lager. So mussten Angehörige des Parteivorstandes der SAP jetzt für eine Anerkennung stimmen, die sie ablehnten, während viele christdemokratische und liberale Abgeordnete gegen eine Anerkennung stimmen mussten, für die sie sich lange engagiert hatten. Um zu vermeiden, in der Abstimmung gegen die Fraktionsdisziplin zu verstoßen, nutzten in beiden politischen Lagern jeweils 44 Abgeordnete das schwedische parlamentarische Instrument des „Ausgleichens“. Diese Tradition macht es möglich, vor einer Abstimmung im Plenum einen fehlenden Abgeordneten in einem Lager durch das Herausnehmen eines Abgeordneten im jeweils anderen Lager „auszugleichen“ bzw. zu verrechnen. Dadurch soll vermieden werden, dass sich die Mehrheitsverhältnisse durch zufällige Ereignisse – wie beispielsweise Krankheit – verändern. Auf diese Art und Weise ließen sich prominente Befürworter einer gegen die eigene Fraktionsposition stehenden Ansicht entschuldigen, um nicht gegen ihr Gewissen abstimmen zu müssen. So hielt zwar der türkischstämmige Grünen-Abgeordnete Mehmet Kaplan eine Rede gegen eine Anerkennung, nahm danach jedoch nicht an der Abstimmung teil. Ähnlich blieb Fredrik Malm, der prominente liberale Befürworter einer Anerkennung, gleich der ganzen Debatte fern. Schließlich konnte sich die Opposition gegen die Koalitionsfraktionen mit einer Stimme Mehrheit durchsetzen, da zwei Liberale, eine Christdemokratin und ein Fraktionsloser gegen die Regierung stimmten. Von diesen dreien war eine die Ehefrau des Abgeordneten Malm, die kurdischstämmige liberale Abgeordnete Gulan Avci.

### 3. Außenpolitische Faktoren der Anerkennung

Neben den innenpolitischen Faktoren beeinflussten auch drei außenpolitische Faktoren die Debatte um die Anerkennung des Genozids an

den christlichen Minderheiten im untergehenden Osmanischen Reich. So durchzogen beide politische Lager eine euroskeptische Grundhaltung. Unter sowohl sozialdemokratischen als auch bürgerlichen Regierungen hat Schweden seit seinem EU-Beitritt 1995 einen intergouvernementalen Aufbau der EU verfolgt und, ähnlich wie Großbritannien, eine Vertiefung abgelehnt. Aus dieser Warte heraus war es immer möglich, sich für einen EU-Beitritt der Türkei einzusetzen. Ob dies aus dem Kalkül heraus geschah, durch die Aufnahme eines Staates mit bald 100 Millionen Einwohnern eine weitere Vertiefung der EU unmöglich zu machen, oder aus ehrlicher Überzeugung von der Berechtigung des türkischen Beitrittsgesuchs ist unerheblich. In der öffentlichen Debatte wird letzteres Argument hervorgehoben, auch weil es lange zum Usus der schwedischen Außenpolitik gehörte, nicht offen über eigene nationale Interessen zu sprechen. Diese Feststellung führt schließlich zum dritten Faktor, der bereits im Zusammenhang mit dem schwedischen Selbstverständnis erwähnt wurde, der Einsatz für Menschenrechte und Unterdrückte. So gehört es zum Selbstverständnis aller im schwedischen Parlament vertretenen Parteien, regelmäßig auf die Einhaltung der UN-Menschenrechtserklärung überall in der Welt zu bestehen.

#### 4. Gesellschaftliche und politische Debatte

In den von mir ausgewerteten überregionalen schwedischen Tageszeitungen erschienen seit 2005 wiederkehrende Berichte über den Armeniergenozid. Allgemein bezogen sich in diesem Jahr einige Berichte und Kolumnen auf den türkischen EU-Kandidatenstatus Ende 2004 sowie auf den neunzigsten Jahrestag des Beginns des Genozids am 24. April 1915. Daneben wurden allerdings rein schwedische Ereignisse kommentiert, die in Bezug zum Völkermord stehen. So berichteten die überregionalen Zeitungen im Jahre 2005 über einen Konflikt zwischen dem Södertäljer Fußballverein Assyriskä und dem schwedischen Fußballbund. Während eines Heimspiels von Assyriskä in Södertälje waren im Stadion Flugblätter verteilt und Transparente aufgehängt worden, die auf den „Seyfo“, den Völkermord an den Syro-Aramäern 1915, aufmerksam machten. Nachdem Assyriskä glaubhaft machen konnte, nichts mit der Aktion zu tun gehabt zu haben,

konnte der Streit beigelegt werden. Die Zeitungen ordneten diese Aktion jedoch auch dem Armeniergenozid zu. Schweden ist bekanntermaßen auch das Land des Nobelpreises, wo die Medien jedes Jahr ausführlich über die Preisträger berichten. So auch im Jahr 2006, als der Literaturnobelpreis an Orhan Pamuk verliehen wurde. Schon bevor bekannt wurde, dass Pamuk den Nobelpreis erhalten sollte, hatten schwedische Zeitungen über die Anklage gegen ihn wegen „Beleidigung des Türkentums“ berichtet. Nachdem Pamuk in einem Interview in der Schweiz gesagt hatte, dass in der Türkei eine Million Armenier und 30 000 Kurden ermordet worden seien, hatte ein türkischer Staatsanwalt Anklage erhoben. Als Pamuk außerdem noch designierter Literaturnobelpreisträger wurde, bekam seine Aussage zum Armeniergenozid noch mehr Aufmerksamkeit. Den letzten großen Anlass für Berichterstattung über den Genozid im Osmanischen Reich lieferte das Verbot eines Völkermord-Mahnmals in Södertälje im Jahre 2007. Der dortige Stadtrat hatte die Errichtung eines Mahnmals in Angedenken an den Völkermord an „Armeniern, Syrianern, Assyriern und Chaldäern“ genehmigt. Jedoch hatte die Rentnerpartei aus Anlass der Beschwerde eines Türken gegen die Entscheidung geklagt. Daraufhin hob das zuständige Gericht die Entscheidung auf, mit der Begründung, ein solches Denkmal sei eine außenpolitische Stellungnahme, jedoch nur die nationale Regierung sei für die Außenpolitik zuständig. Im März 2010 schließlich berichteten die Medien ausführlich über die Umstände des Parlamentsbeschlusses.

In der gesamten Debatte zwischen 2005 und 2010, doch besonders vor 2010, beteiligten sich aramäisch- und kurdischstämmige Publizisten stark an der Debatte. Im März 2010 war dagegen die Berichterstattung so umfassend, dass sich mehrheitlich Journalisten ohne kurdischen oder aramäischen Hintergrund daran beteiligten. Auch fällt die Spannung zwischen vorgegeblicher „Objektivität“ der Berichterstattung einerseits und dem Engagement für Menschenrechte andererseits auf. Diese Objektivität äußerte sich in Artikeln mit Hintergrundinformation für den durchschnittlichen Zeitungsleser. Dort wurde betont, wie unsicher der historische Kenntnisstand sei und, dass letztlich zwischen der Türkei und



den Armeniern Aussage gegen Aussage stünde. Allerdings betonte die größte überregionale Qualitätszeitung, die sozialliberale Dagens Nyheter, diese Objektivität erheblich stärker als die konservativ-liberale Svenska Dagbladet. Neben dieser grundsätzlichen Relativierung des Gegenstandes traten in Leitartikeln und Kommentaren häufiger die Auffassung auf, es sei zwar ein Völkermord, ihn durch das Parlament anzuerkennen sei jedoch politisch falsch, da dies den Historikern überlassen werden sollte. Ähnlich trat häufig die Forderung auf, dass die Türkei einen Anspruch darauf habe, in die EU einzutreten. Sowohl die Betonung der Objektivität als auch die Unterstützung eines türkischen EU-Beitritts standen jedoch in einem Spannungsverhältnis zur gleichzeitigen Hervorhebung der Menschenrechte. So wurde immer wieder betont, dass die Türkei zwar in die EU eintreten solle, aber zuerst die Lage der Bürger- und Minderheitenrechte verbessern müsse.

Politisch zogen das Verhalten von Ministerpräsident Fredrik Reinfeldt und Außenminister Carl Bildt scharfe Kritik auf sich. Der Außenminister betonte wiederholt, dass eine Anerkennung des Völkermords durch den Reichstag die Annäherung zwischen der Türkei und Armenien zerstören würde und es schließlich nur eine Frage für Historiker sei. Außerdem wurde ihm vorgeworfen, Bildt habe sich nicht bemüht, die Koalitionsfraktionen von der Notwendigkeit der Regierungspolitik zu überzeugen. Statt dessen habe er lediglich die Fraktionsdisziplin durchsetzen wollen, wofür ihn auch Parteifreunde kritisierten. In einem Namensartikel in Dagens Nyheter warnte Bildt sogar davor, durch eine Anerkennung des Völkermordes an den christlichen Minderheiten im Osmanischen Reich würden ausländische Konflikte in die schwedische Gesellschaft hineingetragen. Ministerpräsident Reinfeldt wiederum setzte sich der Kritik aus, als er zwei Tage nach dem Parlamentsbeschluss den türkischen Ministerpräsidenten Recep Tayyip Erdogan anrief, um diesem sein Bedauern über den Beschluss auszudrücken. Laut der schwedischen Presse hätten die türkischen Medien daraus gemacht, dass Reinfeldt angerufen habe, um sich für den Parlamentsbeschluss zu entschuldigen. Dies jedoch bestritt Reinfeldt.

## 5. Folgen

Indem die Diskussion um den Armeniergenozid in Schweden immer stärker die Syro-Aramäer einbezog und sie schließlich ausdrücklich im Parlamentsbeschluss erwähnte, wurde die gesellschaftliche Position der Syro-Aramäer weiter gestärkt. Die Türkei reagierte zunächst heftig. So wurde die türkische Botschafterin am Tag des Parlamentsbeschlusses zu Konsultationen nach Ankara berufen. Entgegen allen Warnungen lösten sich die Spannungen mit der Türkei schnell auf. Nach wenigen Wochen kehrte die Botschafterin wieder nach Stockholm zurück und der wirtschaftliche Austausch zwischen den beiden Ländern blieb unberührt. Auch die außenpolitische Position Schwedens bleibt unverändert. Nach wie vor befürwortet Schweden einen EU-Beitritt der Türkei. Andererseits hat die Immigration schon seit Jahrzehnten dazu geführt, dass Spannungen in den Herkunftsländern sich auch mitunter in Schweden auswirken. Dies wäre also trotz der Warnung des Außenministers nichts Neues im multikulturellen Schweden.

## 6. Ausblick

Es bleibt festzustellen, dass die Anerkennung des Völkermordes des Jahres 1915 an Armeniern, Syro-Aramäern, Chaldäern und Pontosgriechen durch den Schwedischen Reichstag im März 2010 keine Folgen für die schwedisch-türkischen Beziehungen mit sich brachte. In der veröffentlichten Meinung wurde zwar viel über die Anerkennung berichtet, doch ist fraglich, ob es zu einer wirklichen Rezeption des eigentlichen Themas kam.

(Dies stellt eine leicht überarbeitete Fassung meines Redemanuskripts dar.)